

KYOTO-FONDS

Öko-Ablasshandel



Statt Energie einzusparen wird Luxemburg sich vor allem international freikaufen. Eine Verlegenheitslösung, deren Kosten kaum abzuschätzen sind.

"Es scheint mir symptomatisch, dass die Chamber zur Hälfte leer ist", meint Roger Spautz, bei Greenpeace-Luxemburg unter anderem verantwortlich für das Klimadossier. Er war einer der wenigen Zaungäste, als am vergangenen Dienstag die Abgeordnetenversammlung das Gesetzesprojekt zur Schaffung eines Kyoto-Fonds verabschiedete. Das Abgeordnetenhaus war nicht nur dünn besetzt, es fiel auch auf, dass die erste parlamentarische Garnitur von CSV, LSAP und DP sich nicht in die Debatte einmischte. Dabei wären der frühere Umweltminister Alex Bodry, sein Nachfolger Charles Goerens oder aber der frühere Energieminister Henri Grethen dazu berufen gewesen, Position zu beziehen.

Und auch die FinanzexpertInnen schwiegen - obwohl das Eingeständnis der drei großen Parteien, das Kyoto-Ziel nur durch den massiven Einkauf von Verschmutzungs-Quoten in anderen Ländern erreichen zu können, nicht ohne Auswirkungen auf den nationalen Haushalt bleiben wird.

Zur Erinnerung: 1997 hatte sich Luxemburg in Kyoto dazu verpflichtet, bis zum Jahre 2012 28 Prozent weniger CO₂ als im Referenzjahr 1990 auszustößen. Damals schien die Aufgabe gelöst, noch ehe sie richtig gestellt war. Mitte der 90er Jahre hatte die damalige Arbed die Koksöfen abgeschafft und in Elektrostahlwerke investiert. Luxemburg kam dabei die Kyoto-Berechnungsmethode zugute: Der CO₂-Ausstoß wird jeweils dem Land angerechnet, in dem der Strom entsteht, nicht da wo er verbraucht wird. Da Luxemburg seinen Strom fast gänzlich importierte und fortan keine Kohle mehr verbrannte, fiel unser CO₂-Ausstoß auf wundersame Weise um gut 30 Prozent. 1997 hatte Luxemburg sein Ziel also bereits "übererfüllt".

Kaufen statt sparen

Berichterstatte Roger Negri (LSAP) konnte dennoch nicht umhin, der Luxemburger Energie-Politik die Note "mangelhaft" auszustellen. Denn inzwischen hat sich die Situation drama-

tisch verändert: Statt CO₂ in derselben Größenordnung wie 1997 auszustoßen - das wären etwa 10 Millionen Tonnen - liegen die Schätzungen für dieses Jahr bei über 13 Millionen Tonnen, Tendenz steigend. Es wird damit gerechnet, dass 2012 unter Umständen 15 Millionen Tonnen anfallen - fünf Millionen mehr als versprochen.

Was seit 1997 geschah, war eine Ansammlung von "politischen Fehlentscheidungen und von Nichtstun", umschreibt es der grüne Abgeordnete Camille Gira. Auf Geheiß des damaligen Wirtschaftsministers Robert Goebbels wurde ein riesiges Gas- und Dampfkraftwerk bei Esch errichtet, welches auf einen Schlag die CO₂-Bilanz um gut 10 Prozent empor schnellen ließ. Auch andere Betriebe, die in den 90ern an Land gezogen wurden, entpuppten sich als Energiefresser par excellence.

Eine andere Entwicklung, die in ihrer energiepolitischen Komponente nicht weitergedacht wurde, ist der Bevölkerungszuwachs, der in den Jahren seit 1997 stattgefunden hat. Unterlassungssünden gab es vor allem im Transportbereich. So stieg die Zahl an Fahrzeugen pro Tausend Einwohner auf 670 an - ein Weltrekord.

Als Entschuldigung führen die Mehrheitsparteien eine Benachteiligung Luxemburgs beim Berechnungsmodus für den CO₂-Ausstoß an: Bei Autokraftstoffen wird nicht der tatsächliche Verbrauch berücksichtigt, sondern die getankte Menge. Das lukrative Tanktourismusgeschäft wiegt hier schwer, da so mehrere Millionen Tonnen CO₂ in unserer Bilanz auftauchen. Das war allerdings 1997 bekannt, doch keine der aufeinander folgenden Regierungen traute sich an den Tanktourismus heran.

Am meisten gesündigt wurde aber im Bereich möglicher Energieeinsparungen durch Gebäudesanierung. Laut einer Greenpeace-Studie könnten hier in einer Frist von 10 Jahren ungefähr 1,63 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden.

In den sieben Jahren seit dem Kyoto-Beschluss wäre genügend Zeit gewesen, Strategien zur Energieeinsparung zu entwickeln. Lange Zeit sah es ja allerdings so aus, als würde Kyoto wahrscheinlich nie in Kraft treten. Doch da erst seit Oktober 2003 eine entsprechende EU-Direktive die Mitgliedstaaten in die Pflicht genommen hat, fing auch Luxemburg spät an, seine Hausaufgaben zu machen.

Mit dem jetzt gestimmten Gesetz werden zwei Aspekte abgedeckt: Zum einen wird auf nationaler Ebene für die 13 größten CO₂-Produzenten ein so genannter Allokationsplan festgelegt, der angibt, welcher Betrieb jährlich wie viel CO₂ ausstoßen darf; zum anderen wird ein Fonds zum Einkauf von Quoten in Drittländern eingesetzt. Überschreitet ein Betrieb seine Quote, muss er zunächst 40 Euro pro Tonne zusätzlich erzeugtem CO₂ an den Fonds abgeben. Der Staat seinerseits wird im ersten Jahr 50 Millionen Euro in den Fonds einzahlen. Damit werden dann im Aus-

land Vorhaben finanziert, die zu Reduktionen im CO₂ Bereich führen. Etwa eine Modernisierung eines Kohlekraftwerks in Osteuropa oder aber die Bindung von CO₂ in Ländern des Südens, etwa durch Aufforstung.

Die für die Betriebe veranschlagten Quoten sind recht großzügig angesetzt. So soll das Twinterg-Kraftwerk in Esch im Jahr 1,104 Millionen Tonnen ausstoßen dürfen. Diese Menge fällt aber nur an, wenn das Werk 8.341 Stunden im Jahr - also ganze 347 Tage - betrieben wird. Erfahrungsgemäß laufen solche Anlagen wegen Wartungsarbeiten und Nachfragelöchern nur rund 7.000 Stunden im Jahr.

Die großzügigen Werte für die Großverschmutzer bedeuten allerdings, dass die Quoten für andere Bereiche knapper ausfallen müssen. Außerdem dürften so kaum Zahlungen seitens der Industrie in den Quotenfonds anfallen, da der Fall einer Quotenüberschreitung kaum stattfinden wird.

Gewagte Rechenspiele

Bleiben als potenzielle Einsparbereiche vor allem der Transport und der Energieverbrauch in den Einzelhaushalten. Dass die aktuelle Regierung sich an den Tanktourismus herantraut, ist spätestens seit den Budgetdebatten zu bezweifeln. Finanzminister Luc Frieden (CSV) hatte die Kosten für die Kyoto-Pflichterfüllung mit rund 30 Millionen Euro veranschlagt. Dem stellte er Budgeteinnahmen durch Benzinverkauf von 900 Millionen entgegen - eine gewagte Rechnung.

Obwohl beim Klimaquotenhandel noch ziemlich im Trüben gefischt wird, glaubt selbst Berichterstatter Negri nicht, dass es bei einem zweistelligen Millionenbetrag bleiben wird - unter ungünstigen Umständen könnten die jährlichen Ausgaben sogar bei 500 Millionen oder mehr Euro liegen. Zieht man bei den Einnahmen durch Benzinsteuer den internen Verbrauch ab und stellen die Folgekosten des Tanktourismus - Umweltschädigungen, Infrastrukturmaßnahmen usw. - auch noch in Rechnung, zahlt Luxemburg am Ende sogar kräftig drauf.

KlimaschützerInnen haben sich lange gegen das Prinzip gewehrt, die Mängel der nationalen Energiepolitik durch ein Freikaufen über den Quotenhandel ausgleichen zu dürfen. Diese Schlacht wurde am Dienstag endgültig verloren, denn außer den Grünen stimmten alle Fraktionen für das Gesetz. Insofern hat Roger Negri Recht, wenn er von einem historischen Gesetz redet.

Die nächste Auseinandersetzung kündigt sich bereits an: Auf europäischer Ebene gibt es nicht wenige Regierungen, die versuchen wollen die Kosten, die mit dem Kyoto-Prozess auf sie zukommen teilweise als Entwicklungshilfe angerechnet zu bekommen. Das ungehaltene Versprechen, CO₂ reduzieren zu wollen, käme dann dem ungehaltenen Versprechen zu Hilfe, EU-weit 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes an den Süden abzuführen. Die Betrogenen bleiben am Ende all jene, die am wenigsten zur Klimaveränderung beitragen, aber am meisten davon betroffen sind.

Richard Graf

Pisa II: Mathe macht Mädchen müde

Nach der Migrantenorganisation Asti (Seite 4) fordert auch das Frauendokumentationszentrum Cid-femmes Konsequenzen aus dem Pisa-Debakel. Die nach wie vor schwachen Ergebnisse bei Pisa II seien "erschreckend", sagte Christa Brömmel der wox. Die Schule bereite Mädchen und Jungen ungenügend aufs Leben vor. Besondere Sorgen macht der Politik-Beauftragten des Cid-femmes die Geschlechterschieflage im Bereich Mathematik. Luxemburgs Jungen haben erneut im Rechnen besser abgeschnitten als die Mädchen. Nur in sechs anderen der getesteten 40 Länder gab es größere Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Zudem haben die Mädchen ein geringeres Selbstvertrauen im Bereich Rechnen als ihre männlichen Kameraden. "Das hat wahrscheinlich etwas mit der Art zu tun, wie Mathe unterrichtet wird", so Brömmel, die für praxisorientiertere Aufgaben plädiert. Damit Mädchen und Jungen künftig die gleichen Chancen haben, sei es zudem wichtig, verstärkt "alle Lehrer und Lehrerinnen in geschlechtersensibler Pädagogik auszubilden", so Brömmel. Mädchen sollte insbesondere in Mathematik und Naturwissenschaften früh gefördert werden, "sonst stehen Initiativen wie der Girls' Day im luftleeren Raum". Der Girls' Day findet jährlich statt und soll Mädchen über technische Berufe informieren. Viel Hoffnung auf Besserung hat Brömmel aber offenbar nicht: "Die meisten Lobbygruppen haben mit zeitgemäßen Anforderungen an die Schule nicht viel am Hut."

Städtebau: Ende der Einfalt?

"Einfalt oder Vielfalt im Städtebau" - so hieß der Titel eines Rundtischgesprächs, das am Dienstag im Centre Neumünster stattfand. Maryse Scholtes, die neue Regierungsrätin im Bautenministerium, warf in einem einleitenden Referat noch einmal die Gretchenfrage der IVL-Studie auf: Wird Luxemburgs Einwohnerschaft wachsen, oder aber der tägliche Pendlerstrom - und welche Konsequenzen ergeben sich dann für das zu planende Raummodell? Falls verstärkt auf die Ansiedlung neuer Bevölkerungsschichten gesetzt wird statt auf einen Zuwachs der GrenzgängerInnen, sei eine "Korrektur bei der Wohnbauflächenentwicklung notwendig". Sprich, weitere und dichtere Bebauung ist angesagt. Ob aber dieses Wachstum überhaupt notwendig ist, darüber war sich die Tischrunde, die ein biblisches Ausmaß erreichte, überhaupt nicht einig. Viel diskutiert wurde auch die enorm hohe Umsetzungsdauer von Planungskonzepten in Luxemburg. So deutete der scheidende Direktor Ulrich Hellwig von Agora an, dass das Projekt Belval riskiert, ein Flop zu werden, wenn nicht schleunigst Verkehrsinfrastrukturen dort geschaffen werden. Und ein Baupromotor aus dem Publikum fügte hinzu: "Hoffentlich kommen bald Straßen nach Belval, sonst müssen die Leute mit dem Jeep zur Arbeit fahren." Kecker Gegenruf: "Das tun sie ja eh schon ..."

Streit um Mindestlohn schwelt weiter

BezieherInnen von Mindestlohn erhalten ab dem 1.1.2005 zwei Prozent mehr Geld. Dies haben die Abgeordneten aller Parteien ohne Gegenstimme am Mittwoch in der Chamber beschlossen. Der Streit um den Mindestlohn geht gleichwohl weiter. Sowohl der Handelsverband CLC als auch die Arbeitgeber im Hotel- und Gaststättengewerbe Horesca lehnen dessen Anpassung an die durchschnittliche Lohnentwicklung ab. Ihr Begründung: Der entscheidende Faktor bei der Lohnentwicklung müsse die Produktivität sein. Doch auch wenn sie beim französischen Wirtschaftsexperten Lionel Fontagné Unterstützung für ihre Kritik finden - die CSV-LSAP-Regierung stellt den Mindestlohn noch nicht in Frage. Arbeitsminister François Biltgen (CSV) verteidigte das Mindestlohnmodell jedenfalls als Wert an sich, der sich aus der Würde des Menschen herleite. Allerdings: Von der sukzessiven Anhebung des Mindestlohnes um sieben Prozent, wie sie die LSAP im Wahlkampf noch wortgewaltig gefordert hat, sind die SozialistInnen inzwischen also abgerückt.